

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Abendausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19190703AB

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Welt zu bringen. (Rebhafe Zustehenweise bei den NS, fort-dauernder Barm.)
Heinrich (NS): In Gemäßheit der Erklärung, die wir feierlich abgegeben haben, haben wir bei der Ausarbeitung der Verfassung nicht verlagert. Das ist es aber jetzt darum handelt, die Republik grundmäßig als Staatsform festzulegen, werden wir gegen Artikel 1 stimmen. Die ausführliche Begründung bitten wir uns für die dritte Lesung vorzubehalten. (Beifall bei den Deutschen Volkspartei.)

Dr. Gahr (NS): Mein Freund Gahr hat dargelegt, daß der Kampf nicht mit geistigen Waffen, sondern mit der Gewalt und der Umbildung des Verfassungsgrundgesetzes geführt wird, und daß somit der Minister Dr. von Dabow (Ständische Partei) nicht vom Minister Dr. Dabow (Ständische Partei) getrennt werden kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten: Nein, nein!) Er hat erkl. daß der Gebrauch jeder geistigen Waffe sei im neuen Reich zugelassen, doch nachher eingeschränkt, indem er sagte, es komme darauf an, die geistige Waffe richtig zu gebrauchen. Herr Minister, das ist ein Tauschspielertum, nicht mehr.
Gehrenbach weist diese Auffassung als ordnungs-widrig zurück.
Dr. Gahr (NS): Fortfahrend: Dann sage ich, Dr. Dabow hat mit großer Geschicklichkeit, aber gegen die Wahrheit gesagt, die Zeitungen seien verboten worden, weil sie zur Gewalt auf-geworfen haben. Das ist unklar. Die „Freie Welt“ wurde ver-boten, weil sie zur Gewalt aufgeworfen haben soll. Dies ist un-mahbar. Die „Freie Welt“ ist verboten, weil sie, wie die Verfügung sagt, gegen die freiwilligen Truppen aufhebe. Wegen des auf-reizenden Inhalts, aber nicht zur Gewalt aufzufordern. (Ständische Partei.) Das gilt auch von anderen Zeitungs-verböten und Streikverböten. Minister Dr. Dabow hat ebenfalls die geistige Kontinuität mit dem alten System wieder hergestellt. Wir verweigern uns und sagen, daß man die neue Verfassung mit diesen Geistes erfüllt.

Reichsminister Dr. Dabow: Auf die Frage Dr. von Debrüder, ob die geistige Freiheit auch für seine Partei Geltung haben würde, habe ich mit ja geantwortet. Der Abgeordnete Gahr hat dies zum Anlaß genommen, gegen die Regierung einen An-trag zu richten, als ob die geistige politische Bewegung mit Gewalt zu bekämpfen hätte. Ich stelle fest, daß der Geist der parlamentarischen Bewegung nicht als rein geistig bezeichnet werden soll.

Artikel 2, der das Reichsgebiet behandelt, wird ohne Aus-nahme angenommen. Es folgt die Beratung über Artikel 3, der bestimmt, die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold, die Handels- flagge wird durch Reichsflagge bestimmt.
Reichsminister Dr. Dabow: Gestatten Sie mir einige Worte der Empfehlung für die Fassung des Entwurfs. Er betont in erster Linie, die Farbe schwarz-rot-gold zu wählen. Der zweite Satz über die Handelsflagge trägt auch den Gedanken Rechnung, die seitens der Handelskreise gegen die Farben schwarz-rot-gold wegen ihrer schwierigen Sichtbarkeit geäußert wurden. Ein Zentrumsantrag schlägt vor, den im Entwurf unbestimmt ein-fahaltenen Satz über die Handelsflagge durch eine Bestimmung zu ersetzen, nach der die Handelsflagge schwarz-weiß-rot sein solle und mit schwarz-rot-goldenen Eden versehen werden soll. Die Regierung ist mit dieser Regelung einverstanden und gibt nun-mehr damit alle Nebenentscheidungen eines Winkels für die Handelsflagge auf. Ein unabhängiger Antrag verlangt die Farbe rot als Reichsflagge. Die rote Farbe ist das Symbol der sozia-listischen Internationalen. Internationalen Farben dürfen aber mit nationalen Farben nicht zusammenfallen. Auch innerhalb der Sozialdemokratie haben die nationalen Gruppen ihre nationalen Farben. Die rote Farbe ist deshalb abzulehnen; denn sie würde eine Parteifarbe sein. Es wäre unmöglich, innerhalb Deutsch-lands eine Einigung auf die rote Farbe zu erzielen. Wir müssen aber ein Symbol schaffen, zu dem man sich mit Freude bekennt. Aus dem gleichen Grunde empfehle ich auch die Ablehnung des Antrages der Rechten, nach dem die schwarz-weiß-rote Farbe be-halten werden soll. Sie war schon vor dem Krieg für einen großen Teil unseres Volkes lediglich Parteifarbe. (Beifall der Widespruch im größten Teil des Hauses.) Zeigen Sie diese Tatsache nicht, Sie verschließen sich damit dem Weg zur Einigung. Unter dem alten Volksgesetz wurden Millionen unserer Volksgenos-sen als Vaterlandsfeinde bezeichnet. Aus dem Gegensatz, den das frühere System Millionen deutscher Staatsbürger bereitet hat, entwickelte sich ein großer Teil des Volkes die Auf-fassung der schwarz-weiß-rot-roten Farbe als Parteifarbe. (Haltender Widerspruch.) Wandern Sie sich nicht darüber, jeder Arbeiter hätte schon vor dem Krieg bezeugt und Sie hätten das auch mit eigenen Augen wahrnehmen können. (An-dauernde Lärme.) Erklären Sie mir die Auseinandersetzung nicht durch Ihre Zurecht. Die von mir behauptete Tatsache steht jedoch fest. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auch noch auf eine andere Erwägung lenken. Die schwarz-weiß-rote Farbe ist neuerdings als Parteifarbe entfallen unter dem Vorwand, daß gegen die Republik in dem Kampf gegen werden soll. (Zahl-reiche Zurecht: Was in Berlin? Rebhafe Lärme wieder.) Ich weiß wohl, daß es nicht so gemeint war. Ich behaupte aber, daß Millionen dennoch der von mir angebotenen Auffassung sind. Das kann man nicht einfach ignorieren. Diese Tatsache müssen Sie in Rechnung stellen, wenn Sie Frieden wünschen und nicht den Kampf. (Zurecht: Sie sind doch Minister für alle.) Gerade, weil ich das bin, verhalte ich, pflichtgemäß einen Weg der Einigung zu finden. Ich halte ihn gegen mich einen Weg der Einigung zu finden. Sie haben sich über alle Parteifarben hinaus ein Symbol der deutschen Einigung seit langer Zeit gefunden. Unter diesen Farben haben einst die Turner, die Schützen usw. für die deut-sche Einigkeit gekämpft durch Jahre der Verfolgung hindurch gegen die reaktionären dynastischen Kreise, die das großnationalen Ideal gegenüber partikularistischen Interessen verwarfen. Dieses Symbol hält den Gedanken an die Einigung aller Deutschen auf-recht, die im Jahre 1871 nicht erzielt worden ist. Es hält den Gedanken aufrecht an die Notwendigkeit der Einigung und des Zusammenhanges aller auch über unsere politischen Grenzen hinaus, die durch Blut und Sprache zu uns gehören. Nicht durch Krieg und Gewalt wollen wir wirken, sondern durch die werbende Kraft der politischen und sozialen Kultur des deutschen Staates, den wir aufziehen. Dann wird uns die Farbe schwarz-rot-gold das geeignete Symbol sein. (Beifall bei der Volkspartei.)

Rath (NS): Wenn ich mich mit aller Entschiedenheit für die Fälschung schwarz-rot-gold einsetze, so will ich mich damit nicht in erster Linie gegen schwarz-rot-gold wenden, sondern gegen den Gedanken an die Fälschung. Wenn liegt denn überhaupt die Notwendigkeit, einen solchen Fälschungswort vorzunehmen? Der Reichsminister hat eben gesagt, die Farbe schwarz-weiß-rot sei als Parteifarbe gegen die Demokratie und gegen die Republik vorgetragen. Das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.) Aber das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.) Aber das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.)

Reichsminister Dr. Dabow: Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.)

Rath (NS): Wenn ich mich mit aller Entschiedenheit für die Fälschung schwarz-rot-gold einsetze, so will ich mich damit nicht in erster Linie gegen schwarz-rot-gold wenden, sondern gegen den Gedanken an die Fälschung. Wenn liegt denn überhaupt die Notwendigkeit, einen solchen Fälschungswort vorzunehmen? Der Reichsminister hat eben gesagt, die Farbe schwarz-weiß-rot sei als Parteifarbe gegen die Demokratie und gegen die Republik vorgetragen. Das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.) Aber das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.)

Rath (NS): Wenn ich mich mit aller Entschiedenheit für die Fälschung schwarz-rot-gold einsetze, so will ich mich damit nicht in erster Linie gegen schwarz-rot-gold wenden, sondern gegen den Gedanken an die Fälschung. Wenn liegt denn überhaupt die Notwendigkeit, einen solchen Fälschungswort vorzunehmen? Der Reichsminister hat eben gesagt, die Farbe schwarz-weiß-rot sei als Parteifarbe gegen die Demokratie und gegen die Republik vorgetragen. Das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.) Aber das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.)

Rath (NS): Wenn ich mich mit aller Entschiedenheit für die Fälschung schwarz-rot-gold einsetze, so will ich mich damit nicht in erster Linie gegen schwarz-rot-gold wenden, sondern gegen den Gedanken an die Fälschung. Wenn liegt denn überhaupt die Notwendigkeit, einen solchen Fälschungswort vorzunehmen? Der Reichsminister hat eben gesagt, die Farbe schwarz-weiß-rot sei als Parteifarbe gegen die Demokratie und gegen die Republik vorgetragen. Das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.) Aber das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.)

Rath (NS): Wenn ich mich mit aller Entschiedenheit für die Fälschung schwarz-rot-gold einsetze, so will ich mich damit nicht in erster Linie gegen schwarz-rot-gold wenden, sondern gegen den Gedanken an die Fälschung. Wenn liegt denn überhaupt die Notwendigkeit, einen solchen Fälschungswort vorzunehmen? Der Reichsminister hat eben gesagt, die Farbe schwarz-weiß-rot sei als Parteifarbe gegen die Demokratie und gegen die Republik vorgetragen. Das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.) Aber das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.)

Rath (NS): Wenn ich mich mit aller Entschiedenheit für die Fälschung schwarz-rot-gold einsetze, so will ich mich damit nicht in erster Linie gegen schwarz-rot-gold wenden, sondern gegen den Gedanken an die Fälschung. Wenn liegt denn überhaupt die Notwendigkeit, einen solchen Fälschungswort vorzunehmen? Der Reichsminister hat eben gesagt, die Farbe schwarz-weiß-rot sei als Parteifarbe gegen die Demokratie und gegen die Republik vorgetragen. Das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.) Aber das ist eine objektive Unwahrheit. (Beifall und Widerspruch.)

Volksvermögen. Unter ihnen ist das Reich erstanden und auf-geblüht und sie haben ihre Kräfte bei der Heimkehr allerorts bewährt. Die Nationalflagge ist eine mächtige Säule der Entwicklung des Volkes. In diesem Sinne haben denn auch die neuen Farben nur eine kleine und in sich selbst keine Bedeutung gehabt. Die neue Flagge bleibt so, weil sie keine Wirkung von Gehörtheit im Volke findet, ein neues Bild. Sie ist dem heutigen Ge-schlecht innerlich fremd und bloß noch eine Erinnerung an eine halberlebte Vergangenheit. Erst nach Auflösung des alten Reichs, gewissermaßen durch ein Wunder, sind die Farben entstanden. Sie waren die Farben der Württemberg, die erst 1848 wurde der erfolg-los geliebte Versuch gemacht, das Reich zu einigen. Von solchen schmerzlichen Erinnerungen ist die schwarz-weiß-rote Farbe frei. Das Singende sollen wir doch wohl vorantreiben. (Beifall bei der Volkspartei.)

Reichsminister Dr. Dabow: Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.)

Reichsminister Dr. Dabow: Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.)

Reichsminister Dr. Dabow: Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.)

Reichsminister Dr. Dabow: Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.)

Reichsminister Dr. Dabow: Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.)

Reichsminister Dr. Dabow: Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.)

Reichsminister Dr. Dabow: Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.)

Reichsminister Dr. Dabow: Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.)

Reichsminister Dr. Dabow: Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.) Ich habe Ihnen eben gesagt, daß die Fälschungswort nicht die Fälschung der Demokratie und der Republik ist, sondern die Fälschung der deutschen Einigung. (Beifall bei der Volkspartei.)

den solle, aber es bestehe die Hoffnung, daß die Aufnahme in nicht allzuweiliger Zeit erfolgen werde. Die Schweiz könne immer noch, wenn dies der Fall sei, ihren Austritt aus dem Bund erklären. Es müßte jedoch für die Schweiz die Frage des Bei-tritts zu gestellt werden, ob diese dem Völkerverbund ein feiner Fehler widerfern ließe, oder ob sie ihm beizutreten, um nicht auf ihre eigene Mission zu verzichten und in ihm für die Gerechtigkeit und Völkervereinigung zu wirken.

Hamburger Staatsangelegenheiten.

Zunahme in der Bürgerkraft.

Die gestrige Sitzung der Bürgerkraft, die erste, die nach dem Einzug der Reichswehr stattfand, muß auf jeden Freund parla-mentarischer Ordnung einen höchst unangenehmen Eindruck gemacht haben. Ob es nötig war, die Reichswehrruppen aus dem Innern des Rathhauses belagern zu lassen, ist eine Frage, über die man ver-schiedener Meinung sein kann. Jedenfalls rechtfertigt sie nicht den Aufwand, den die Unabhängigen daraus erhoben. Sondern sie, wie ihnen mit Recht vorgehalten wurde, wenn es ihnen um solchhiesigen Treiben sehr gehen aufrieden geben, wenn es ihnen um die „Hamburger Echo“, die die Waffengewalt der NSB-Garde durch-gesetzt wurde. Der Rat weiß, daß die Bürgerkraft zu behaupten, das sie damals ein von der Arbeiterkraft vorgenom-mener Staatsrat für die lägehafte Verhinderung des „Echo“ während des Krieges gewesen. Dabei weiß er ganz genau, daß die Hamburger Arbeiterkraft damals sofort aus schärfste gegen die Reichswehrruppen protestiert und die Freigabe durch schnellstens wiederhergestellt hat. Aber mit Kalteit und Ge-wissen über Wahrheit und Gerechtigkeit, ist überhaupt ein nutzloses Beginnen. Man kann den NSB-Keulen ihre Unwah-rhaftigkeit schwarz auf weiß nachweisen, wie es gestern Gehrke A. u. a. in einem Brief tat, wo sie ihre Parteifunktion nicht unterschreiben zum Wortaus herangehen hatten - sie antworteten auch darauf nur mit Gebrüll, daß ihnen Unrecht geschehe. Sie selbst sind keine Schwärmer. Sie sind friedliche Männer, denen von einer nicht mehr existenzberechtigten Regierung das harmlose Verlangen gestellt wird, alle Tage einen kleinen Fußstapfen Generalrat zu arrangieren. Sie kämpfen nur mit geistigen Waffen, das heißt, wo sie mit Gewalt nichts erreichen können, bemühen sie sich auch mit Schimpfsworten, sind aber hochempört, wenn etwa von der anderen Seite wieder geschimpft wird; denn das Schimpfen ist ihr Vorrecht. Und soll es bleiben. Aber die Bür-gerkraft hat ernsthafte Aufgaben zu erfüllen und wird hoffentlich sorgfältig der unwürdigen Schimpfmanoe die Ende bereiten.

Tages-Bericht.

Donnerstag, den 8. Juli.
Hamburg.

Leichtfertige und unwahre Behauptungen.

Wir erhalten vom Genossen Krause folgende Zuschrift: Von der Lebensmittel-Kommission des Großen Arbeiterrats veröffentlicht die Redaktion des „Hamb. Echo“ im Tagesbericht ihrer Vorgenachgabe vom Donnerstag eine lange Zuschrift über die Lebensmittelversorgung. Diese Zuschrift trägt mit Recht über die Zustände auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung. Sie sind schlimm. Niemand weiß das besser als ich, der ich seit vier Jahren nicht ablässe, sie zu befeuern. Aber über die Ursachen der argen Lage werden in der Zuschrift eine Reihe gänzlich un-richtiger Behauptungen aufgestellt. Wenn z. B. behauptet wird, daß das Verlangen des arbeitenden Volkes, in den Behörden ver-zeten zu sein, nicht erfüllt ist, so ist das bezüglich des Ham-burger Arbeiterrats eine glatte Unwahrheit. Im Hamburger Arbeiterrats sind als beehrliche Mit-glieder tätig drei Mitglieder der sozialdemokrati-schen Fraktion. Sind diese gewählten Bürgerkraftsmit-glieder keine Vertreter des arbeitenden Volkes? Einer möge kommen und ihnen eine Pflichterfüllung nachweisen oder gar nachweisen, daß sie nicht Vertrauens-, sondern Gändereinteressen wahrzunehmen hätten. Gerade in den letzten Wochen des Zu-sammenarbeitens haben die Vertreter der Lebensmittel-Kommission des Arbeiterrats wiederholt erlebt, wie die sozialdemo-kratistischen Mitglieder des Amtes mit aller Kraft sich eingeseigt haben gegen Gändereinteressen und für die Interessen der Ver-traueten. Um so leichtfertiger ist die gegenteilige unwahre Be-hauptung.

Unwahr ist auch die Behauptung, daß es Mühe und Kämpfe gekostet hätte, vier Mitglieder des Arbeiterrats in das Amt mit beratender Stimme zu bekommen. Der Vorsitzende des Amtes selbst hat dem Arbeiterrat diesen Vor-schlag gemacht. Und gern sind von allen Mitgliedern des Amtes die vier Vertreter des Arbeiterrats aufgenommen und gern arbeitet man mit ihnen zusammen. Abgewiesen ist freilich der Antrag des Arbeiterrats, Mitglieder in das Amt mit beschließen-der Stimme aufzunehmen. Das war nach der Verfassung nicht möglich. Denn nicht das Amt hat über die Wahl neuer Mitglieder zu bestimmen, sondern ganz allein die Bürgerkraft. An die Bürgerkraft ist aber bis zu dieser Stunde noch kein Antrag vom Großen Arbeiterrat gekommen.

Angelächelt dieser Tatsachen, die der Lebensmittel-Kommission des Großen Arbeiterrats genau bekannt sind, ist es sehr leicht-fertig, derartige unwahre Behauptungen aufzustellen, Partei-gehosser durch sie zu distrahieren und zu beschimpfen und die Bevölkerung durch sie aufzuregen.

Weiß irgend jemand Tatsachen zu nennen, die beweisen, daß im Kriegsvorgangsbüro schuldhaft etwas versehen wird, so nenne er sie mir. Nichts dergleichen wird ich vorgehen. Aber mit allgemeinem Gerede, wie es mir jetzt täglich in großer Menge, meistens anonym, zugeht, kann niemand etwas anfangen. Auch die Lebensmittel-Kommission des Großen Arbeiterrats nicht.

Und nun zum Schluß noch ein Wort über die Gründe des Glanzes. Die Erstellung der Lebensmittel beim Erzeuger war schon vor November schlecht. Sie ist seitdem aber ständig schlechter geworden, weil alle beherrschenden Aufsichtspersonen versagen. Der Krieg hat eine Korruption in die Menschen gebracht, die un-gewöhnlich ist. Und zu diesem Glanz der ungenügenden Er-zeugung, die den unerschämtesten Schleichhandel bis ins In-nerste hat heigen lassen, kommt die Tatsache, daß von Gändlern und Schiebern der Glanz seit über das besetzte Gebiet und über die neutralen Länder Lebensmittel und Genussmittel in großer Menge nach Deutschland heimlich verschoben werden, weil auch wiederum jede Grenzkontrolle versagt. Die sind insolge des miserablen Standes unserer Valuta ungenügend teuer, liegen aber überall zu Kauf aus und müssen die Masse der Bevölkerung ganz naturgemäß erbittern. Für diese Tatsachen darf man aber nicht die Behörden verantwortlich machen.

Ein Schwerhöriger von einem Posten erschossen.

In später Abendstunde wollte, so wird uns berichtet, der Laternenwächter Otto Reh, der im Grimm 8 wohnt, bei der Börse die Laternen auslösen. Bei diesem Gange mußte Reh die Postenkette der Besatzungstruppen passieren. Er überhörte den Anruf des Postens, stehen zu bleiben, da er schwerhörig ist. Der Posten Schoch und Graf Reh in die Luft. Der Betroffene starb auf dem Transport ins Hafenspitalshaus.

Die „Selbsttötung“ des Hanrath.

Die Nachrichtenabteilung der Reichsstelle für Ost und Ge-winn vermeldet folgende Tat: Die Bekämpfung des Schleichhandels auf den großstädtischen

Märkten hat seit einigen Tagen mit gutem Erfolg der organi-sierte Handel in die Hand genommen. Die Preise für Äpfel und Erdbeeren sind in Berlin auf durchschnittlich etwa 1.70 und 1.20 je Pfund zurückgegangen, was einer Senkung von über 100 pZt. im Verlauf von vier Tagen entspricht. Reichliche Zufuhren und Selbsttötung des Handels werden für fernere Preis-ermäßigung sorgen. Die Selbsttötung des Handels, die in den Preisfestlegungen in Berlin und Hamburg zum Ausdruck kam, vergrößert die Preisermäßigung schließlich in gesunde Bahnen zu lenken. Besondere Einschränkung der erst in diesem Frühjahr dem Selbsttötung auf allgemeines Drängen zurück-gegebenen Bewegungsfreiheit durch Selbsttötungsfestlegung käme nur als Nothbehelf und nur dann in Frage, wenn wider Erwarten die Selbsttötung des Handels nicht zur Herbeiführung ge-ordneter Zustände ausreichte.

Von einer Selbsttötung sollte man doch etwas mehr Einsicht erwarten, als sie auf dieser Ostzeit spricht. Nicht der Selbst-tötung des Handels ist es zu danken, wenn jetzt die Preise etwas zurückgegangen sind, sondern der Verbehrlichkeit der Waren und der reichlicheren Zufuhr. Nicht aus Selbsttötung, sondern aus Durchdringung der Wirtschaftspolitik mit den leicht verbehrlichen Erdbeeren und Äpfeln ist zu danken, daß der Handel sich dazu verstehen mußte, die Preise etwas zu senken. Preise von 2 bis 2.50 für Äpfel und 2.10 bis 2.30 für Erdbeeren sind trotzdem noch Wucherpreise. Wir erinnern nur daran, daß in Thüringen Äpfel zum Preise von 45 p pro Pfund im Kleinhandel verkauft werden. Die Reichsstelle hat also gar keine Ursache von der Selbsttötung des Handels zu reden, die Begleichung Selbsttötung ist richtiger, da der Handel zunächst für seinen Profit sorgt. Wohin die Selbsttötung des Handels führt, das haben wir ja bei den Eiern gesehen, für die jetzt wieder 1.80 bis 1.40 gefordert werden. Es mag wohl richtig sein, daß man auf allgemeines Drängen dem Selbsttötung die Bewegungsfreiheit zurückgegeben hat, auf allge-meines Drängen der Erzeuger und Händler; die konsumierende Bevölkerung hat dazu sicher nicht gedrängt. Die Ver-bräucherinteressen müssen aber von der Reichsstelle mindestens ebenso berücksichtigt werden, wie die des Handels und der Erzeuger. Lange genug während der Kriegsjahre haben in den Reichsstellen, vor allem auch in der Reichsstelle für Gemüse und Obst, die Erzeuger ihren Willen durchgesetzt, das Profit-interesse über das Allgemeininteresse zu stellen gewußt. Wir erinnern nur an die Drohungen der Erzeuger: Wir haben nichts mehr an, und was da ist, wird veräußert, wenn unsere Wünsche nicht erfüllt werden? Mit dieser Drohung haben sie unter der alten Regierung immer ihre Forderungen durchzusetzen gewußt. Arbeiten sie auch jetzt noch mit den alten Drohmitteln, dann sollte das in aller Offenlichkeit bekannt gemacht werden und jeder wüßte, wie die Selbsttötung des Handwerks aussieht. Auf die Selbsttötung des Handels zu hoffen und in dieser Hoffnung Bestimmungen aufzugeben, die bisher die Versorgung der Bevölkerung, wenn auch nur unzureichend, sicherten, ist eine Leichtfertigkeit, wenn nicht Schlimmeres!

Technische Staatsleistungen. Der Antrag zu den An-fällen ist so groß, daß für das Winterhalbjahr 1919/20 die Aufnahme von Schülern gänzlich geschlossen ist und auch jetzt schon die Aufnahme in die Vorstudie und die höhere Schule für Maschinenbau für das Sommerhalbjahr 1920 für Auswärtsige geschlossen werden muß; es werden nur noch Schüler aus Groß-Hamburg in beschränktem Um-fange aufgenommen. Die höheren Schulen für Elektrotechnik, Schiffbau, Maschinenbau und Schiffbau nehmen für das Sommerhalbjahr 1920 ebenfalls noch Schüler auf. Glücke um Aufnahme für Oktober 1920 und weiter hinaus werden vor Januar 1920 nicht entgegengenommen.

Veränderung der Postpaketbeförderung nach Berlin. Wegen Ausbause der zur Postbeförderung benutzten Straßenbahnen in Berlin muß wie die Oberpostdirektion mitteilt - die Aufstellung der nach Berlin bestimmten Pakete auf drei Eilzüge täglich im Abendverkehr beschränkt werden.

Überwachungsstellen der Heimkehrer für Kriegs- und Zivildienst. Am 1. Juli 1919 ist die ehemalige Überwachungs-stelle des Hohen Kreuzes im früheren Hotel am Großenberg vor Weidenburg von der Heimkehrerfürsorge und Arbeitsstellenüber-nommen worden, und wird künftig der Reichsverband Überwachungs-stellen von dieser Organisation geleitet werden.

Ausstellung von Organen des Besatzungsamtes des IX. Armeekorps. Um der Allgemeinheit und allen interessierten Kreisen der Arbeiterwelt einen Überblick über den Betrieb des Be-satzungs- und Versorgungsamtes des IX. A. K. zu ermöglichen, ist am 6. Juli 1919, vormittags 9 Uhr, im Generalkassenhause, eine Ausstellung ihrer Organen, die aus dem vorhandenen Neu- und Altmaterial hergestellt sind und deren Fortschritt nicht nur das Weiterleben der Arbeiter sichern würde, sondern auch insdane wäre, die immer größer werdende Kleinrent des Volkes zu befestigen. Gelegentlich der Ausstellung spricht Genosse Vogt, Betriebsleiter des B. A. L. X. A. K., am Sonntag, 6. Juli, vormittags 10 Uhr, über die Be-satzungsämter und Volkswirtschaft.

Eine sonderbare Verhaftung. Sechs Volkswirtschaftler, durch ihre roten Verbindungen kenntlich gemacht, bringen in die Räume-leichen der Zigarettenfabrik von A. Marobitz in Altona, Heims-richtstraße 22, ein. Die Aufsicht der Leute war, Schleichhandelsware zu beschlagnahmen, von der der Marobitz ein größerer Teil verloren sollte. Marobitz hat die Aufsicht, zu der die Volkswirtschaftler ihre Unternehmen ausführen, eine schlechte Zeit zu verbrachten Obsequenheiten, so war die Art und Weise, wie die sechs ihr Amt verübten, alles andere als ordnungsgemäß. Sie schleppten ein halbes Dutzend, mehrere Schichten, 20 Flaschen feinsten Likörs, Speck, andere Lebensmittel und 110 000 Zigaretten von hohem Wert fort. Die beschlagnahmten Sachen wurden auf einen Wagen geladen, der frühmorgens von der Wagensperrstrasse abfuhr, um die wertvolle Ware zur Ablieferung zu bringen. Bei der Ablieferung, die er schmittags vor sich ging, fehlte die Hälfte gänzlich, von den Schindeln war nur noch ein Exemplar vorhanden. Von den Abfertigungen fehlten 170 Stück. Zigaretten kamen nur noch 50 000 zur Ablieferung. Wer die fehlenden Waren verschwinden ließ, will keiner von den sechs Mann wissen. Eine Unter-suchung ist eingeleitet worden. - Beim Verkauf, eine größere An-zahl ätzlicher Instrumente und Chemikalien an einen Drogerien A. in der Brönningstraße zu verkaufen, wurde der Volkswirtschaft-ler A. B. der 2. Volkswirtschaftlichen Einheitsliste verhaftet. D. nehmend die Sachen gelegentlich eines Umarmes der Krankeinfuhr vom Anwalt an sich genommen zu haben. Er und sein Schwager G. hatten dem Volkswirtschaftler des Diebstahls für 2000 zum Kauf angeboten, was dieser jedoch ablehnte. Die Instrumente und Chemikalien wurden dem bestohlenen Trappentisch ausgeben.

Ein „neuer“ Volkswirtschaftler. Dem Antrag auf die Konferenzabteilung von Rauter am Holsten. Rauter drang unter anderen auch ein 29 Jahre alter Soldatensoldat A. in die Wohnung ein. Der Soldatensoldat gab sich als Volkswirtschaftler aus und legte auch einen Schein vor, der, wie sich später herausstellte, gefälscht war. Er wurde verhaftet und ist bei der Volkswirtschaft A. 1200 in seiner Tasche verschwinden. B. wurde für verhaftet. M. 480, die er letzter Winter in Verwahrung gegeben hatte, konnten beschlagnahmt werden, das fehlende Geld hat er in Fremdwährungen verbräutet.

Zwei Raubmörder auf freiem Fuß. Bei den Unruhen am 26. Juni hat man auch die wegen des Raubmordes an dem Zigarettenhändler Poppe im Schaarschweg, in Unterarmmündung ge-nommenen Raubmörder S. e. h. und C. a. u. s. wiederentdeckt. Sieht hat letzterer bereits ein Geständnis abgelegt, während C. a. u. s. die Tat leugnet. Die Polizei bemüht sich nun, der auf freiem Fuß befindlichen Raubmörder zu werden.

Eine Deute im Werte von 10000 Mark haben Einbrecher in einer Wohnung am Tiedensweg gemacht. Die Deute erbeuteten zwei goldene Damenhüllen nebst Ketten, Silbergeschloß, Silberstücke sowie C. B. A. und B. geschriebene Briefe. - Dem Kaufmann Schmitt, Markt 2, haben Einbrecher 11000 Zigaretten und andere Sachen aus dem Keller gestohlen. - Trebbahn 28 erbeuteten Einbrecher Silbergeschloß, Silber und Schmuckstücke.

Ein Karre samt Ladung gestohlen. Auf St. Pauli wurde die landwirtschaftliche Karre Nr. 47 115, beladen mit Schilfen im Werte von 4000, von der Straße entführt. Gefährdet ist die Firma Englund u. Lehmann, Hermannstraße 89.

Auf Schleichhandelswaren erwischt. In der inneren Stadt wurde ein Arbeiter aus Wismarschloß erwischt, der einen vollen Sack und einen Koffer mit nach hier gebracht hatte, und die Freigabe hier im Schleichhandels abzugeben. 45 Pfund Salz und 9 Pfund Butter konnten ihm noch abgenommen werden. Die beschlagnahmten Freigabe sind dem Kreisverwaltungsamt übergeben worden.

Beischlagnahme des Handwerks. Unter den Gütern an Eigen-tumsbesitzung des Handwerksunternehmens erbeutete man einen schweren Koffer, der verpackt war und 25 Pfund Goldstücke enthielt. Der Koffer enthielt 160 Pfund feinstes Goldstück, das beschlagnahmt wurde. Das Goldstück ist dem Kreisverwaltungsamt zur Verfügung gestellt worden.

Verhaftete Räuber. Der seit dem 14. Juni von einer ver-sorgte Arbeiterfamilie Wilhelm Witz, der sich hier eines Raub-mordverurteilung schuldig machte, ist nach einem Telegramm aus Han-

Das Ende des Eisenbahnerstreiks.

(Eigener Drahtbericht für das „Hamb. Echo“.) Die Leitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes teilt mit, daß die gestrige Funktionärsversammlung mit 123 gegen 116 Stimmen bei 8 Enthaltungen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen hat. Die Funktionäre erklären, daß sie sich durch den Gehalt des Ministers Oeder keineswegs beeinträchtigen lassen. Sie erklären ferner, daß ihre Forderungen noch als bestehend zu be-trachten sind. Es werden ihre Aktion abbrechen; falls aber die Regierung auf ihrem Standpunkt beharrt, mit allen Mitteln den Generalstreik systematisch vorbereiten. Sie erwarten bestimmt, daß die Regierung die Streitlage beahndelt, und daß auch die All-gemeinheit für die Bezahlung der Streittage eintritt, da auch die Eisenbahner für die Allgemeinheit, wenn auch indirekt, den Abbau der Volkswirtschaft herbeiführen haben. Bei der gegebenen A-bstimmung am gestrigen Vormittag stimmten 12 205 für die Fortsetzung des Streiks und nur 6084 dagegen. (Beifall bei der Volkspartei.) Es ist heute der Groß-Berliner Vorkordierstreik zum größten Teil wieder auf-genommen worden. Dagegen ist es noch sehr fraglich, ob der Stadt- und Ringbahnverkehr, der der wichtigste Teil des Groß-Berliner Eisenbahnverkehrs ist, heute wieder in Gang kommen wird. Inzwischen hatte der Streik bereits dazu geführt, daß die Charité nicht mehr mit Lebensmitteln beliefert werden war, so daß man vor der Gefahr stand, die Kranken nicht mehr ernähren zu können.

Politische Nachrichten.

Streikagitator und Vertreter E. m. o. n. t. s. wird jetzt ein Teil des Briefes veröffentlicht, der zu der Verhaftung Anlaß gegeben hat. In diesem Brief, dessen Schreiber E. m. o. n. t. s. der Richter bereits ausgegeben hat, heißt es: „Ich verweise auch seitens der kommunistischen Partei jegliche Unterstützung gelegentlich meiner Proklamation des General-streiks der Wankantellisten. Gerade bei diesem Streik müßte und muß meines Erachtens unbedingt die Möglichkeit vorhanden sein, die Arbeiter zu einer Aktion gegen die Regierung zu veranlassen. Ich habe heute bemerkt, daß alle größeren Ver-sammlungen in den Generalstreik einbezogen werden sollen. Ich bitte dringend darum, daß nun endlich auch in Berlin irgendwiewe eine Aktion seitens der Arbeiterkraft in die Wege geleitet wird. In der Elektrizitätsindustrie dürften die Verhältnisse mehr als reich sein.“

Darüber geht zweifellos hervor, daß E. m. o. n. t. s. die Bewegung der Wankantellisten zu politischen Zwecken mißbraucht hat. Der deutsche Wankantellistenverein veröffentlicht diesen Brief, in der er behauptet, daß die Wankantellisten des Reichs unvollständig sei. E. m. o. n. t. s. schwindet in diesem Brief auch seine Tätigkeit unter den feindlichen Truppen in der besetzten Ost- und Westpreußen durch Verbreitung von Flugblättern usw. Unmittelbar nach Ausbruch der Revolution habe E. m. o. n. t. s. durch Funktionäre ausländische Truppen aufgeworfen, die Waffen niederzulegen, um diesen nicht zu erlösen. Danach sei es unverständlich, wie man E. m. o. n. t. s. wegen Hochverrats anklagen wolle.

E. m. o. n. t. s. hat auf Antrag seines Verteidigers die Genehmigung erhalten, an den heute beginnenden Verhandlungen des Schiedsgerichts über das Bankgewerbe als Zeitspender teilzunehmen.

Sie wollen Will selber haben.

Auf den Brief Bethmann-Hollweg, worin er sich der Entente statt des Genusses als Verantwortlichen anbietet, antwortet die „Demokrat“, das Sprachrohr der französischen Gefandtschaft in Bern, man könne nicht leugnen, daß die Entente ein Schlag ins Wasser, denn niemals könne sich Bethmann-Hollweg durch den Brief an Stelle Wilhelms II. setzen. Bethmann-Hollweg sei zwar dem Reichstag und dem Volke verant-wortlich gewesen, aber damit könnten sich die Alliierten nicht auf-halten, ihnen bleibe Wilhelm II. verantwortlich.

Zimmer noch Krieg im Baltikum?

Der funktionsgeographische Hüter der Bürger von Riga, der für sofortige Beendigung des Kampfes zwischen den lettlandi-schen und estländischen Truppen auftritt, ist von der deutschen Kom-mission zu Spa an die internationalen Waffenstillstandskommission weitergegeben worden. Die Alliierten Waffenstillstandskommission durch die Bolschewiken scheint unrichtig gewesen zu sein; denn es wird behauptet, daß der General v. d. Goltz dort das Ständrecht verhängt habe.

Die Friedensresolution Friedrich Adlers.

Die Reichstagsversammlung der Arbeiterkräfte Deutsch-Oesterreichs nahm eine von Friedrich Adler beantragte Resolution an, welche gegen den Gewaltfrieden protestiert, der Arbeiterlässe der Entente-länder, die gegen diesen Frieden protestieren, einen breidreihigen Gruß entbieten und die Leberzeugung aussprechen, daß die tiefsch-liche Weltrevolution des Proletariats mit der Lohnrechtshaltung auch die nationale Unterdrückung beseitigen werde.

Die Schweiz im Völkerverbund.

Meldung der schweizerischen Depeschenagentur: Der Chef des politischen Departements, C. a. n. d. e. r., behandelte heute in der Konferenz mit der Presse die Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerverbund. Geleitet von dem Völkerverbund der Schweiz, hervor, betonte aber, daß der Völkerverbund ein Völkerverbund sei, der gegen die Unterdrückung der Völkerverbundigen in den Völkerverbundigen einen gewissen Fortschritt bedeute, in dem er die Lebensverhältnisse aller Völkerverbundigen in den Völkerverbundigen übernehme. Es sei ein Fehler, daß die Schweiz nicht in den Völkerverbund aufgenommen werde.

haben dort verhaftet worden. Nach dem hier ein Arbeiterleben in einem Arbeiterleben in Borgelbe überfallen, schwer verletzt und raubte dort zu werden.

Lebensrettung. Am Mittwoch Abend führte eine Frau Sophie Peters vom Pionier ins Wasser und geriet in die Gefahr des Ertrinkens. Der Polizeiwachtmeister Schumann sah, daß die Frau immer mehr vom Pionier abtrieb und warf ihr einige Bretter zu. Unter Mithilfe der eigenen Lebensjahre rettete der Beamte dann die Frau, die auf der Polizeiwache trocken wieder erhielt und dann ihre Wohnung aufsuchen konnte.

Ein Knabe verschunden. An seinem Geburtstag, dem 20. Juni, ist der 9jährige Schulfreund Otto Weiler im Alter von 20 Jahren, der gefällig nicht normal ist, verstorben. Die Ursache der Erkrankung ist unbekannt, aber die Krankheit wurde in der Wohnung in der Straße, am Alten Zollweg, und wurde nicht mehr zurück. Der Junge ging häufig und trug Strohhut, braune Mantelhemde und blaue gestreifte Hose.

Unfälle im Straßenbahnbetrieb. Beim Überfahren des Bahndammes wurde die 81 Jahre alte Frau Marie Jansen von der Straßenbahn überfahren. Die Frau erlitt schwere Verletzungen und kam ins Krankenhaus. Die Straßenbahn wurde durch den Unfall für einige Minuten zum Stillstand gekommen. Die Polizei untersuchte die Unfallstelle und ergreift Maßnahmen, um weitere Unfälle zu vermeiden.

Hafen und Schifffahrt.

Der neue Seeländischer Dampfer. Der Firma Bremer Vulkanbauwerft wurde am Sonntag, 6. Juli, seine erste Fahrt als Seeländischer Dampfer nach Hamburg. Der Dampfer soll 7000 Personen befördern können.

Verhinderte Weiterreise. Die Vereinigung der Matrosen in Hamburg hat beschlossen, die Weiterreise der Matrosen nach Ostpreußen zu verhindern. Die Matrosen fordern bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Die Vereinigung hat angekündigt, dass sie alle Maßnahmen ergreifen wird, um die Weiterreise zu verhindern.

Die Reichswehrdampfer. Die Reichswehr hat angekündigt, dass sie neue Dampfer beschaffen wird. Die Dampfer sollen für die Reichswehr in Ostpreußen eingesetzt werden. Die Reichswehr hat angekündigt, dass sie die Dampfer in der nächsten Zeit beschaffen wird.

Lebensmittelzufuhr. Von New York trafen im Hafen die amerikanischen Dampfer „Lata Geralt“ und „Lata Forcatt“ mit 7000 Tonnen Lebensmittel ein. Die Lebensmittel sollen für die Bevölkerung in Ostpreußen eingesetzt werden.

Altona und Umgegend.

Handgranatexplosion auf dem Proviantamt.

Wahrsfeld. Die Nacht verlief ruhig. Auf dem Hofe des Proviantamts Wahrsfeld explodierte eine Handgranate, wodurch sechs Mann der Reichswehr teils schwer, teils leicht verletzt wurden. Die Granate war zum Aufsuchen des Stroh besetzt und hatte eine Zündschnur und Handgranate auf das Verdeck des Autos gelegt. Hierbei muß einer der Männer eine Granate angefaßt haben, die herunterfiel und dann explodierte. Die Verletzten wurden, soweit es sich um leichtere Verletzungen handelt, in das Garnisonlazarett gebracht, die schwereren Verletzten an Ort und Stelle verbunden.

Die Mitteldeutsche Arbeitervereinsversammlung. Die Mitteldeutsche Arbeitervereinsversammlung fand am 28. Juni in Altona statt. In dem Vortrage „Die Aufgaben des Arbeitervereins“ referierte Genosse Siegel. Der Redner schilderte zunächst ausführlich die Geschichte des Arbeitervereins und der Arbeiterbewegung und fuhr dann weiter fort: Während des Krieges sah das Reich sich gezwungen, die ganze Arbeiterbewegung in der Hand zu vereinigen. Die Arbeitervereine wurden in der Hand vereinigt und die Arbeiterbewegung in der Hand vereinigt. Die Arbeitervereine wurden in der Hand vereinigt und die Arbeiterbewegung in der Hand vereinigt.

Harburg und Wilhelmsburg.

w. Verlegung Wilhelmsburg in die Kriegsteuerungs-Klasse A. Den diebstahlenden Verlegungen der Wilhelmsburger Arbeitervereine ist es nun gelungen, die Verlegung Wilhelmsburg in die Kriegsteuerungs-Klasse A zu erzielen. Das auf die Eingabe vom März d. J. an die zuständigen Behörden, eine Abänderung in den Finanzminister, den Oberpräsidenten in Hannover und den Regierungspräsidenten in Altona zu senden, um die Verlegung nachdrücklich zu fördern. Dieser Kommission, bestehend aus dem Gläubiger-Verwaltungsrat und dem Polizeikommissar, gelang es, beim Finanzminister Sühndum diese Verlegung durchzusetzen.

Kleine Chronik.

Wie sie sterben. Aus Niederbahren wird gemeldet: In Barmstedt bei Altona fand vor einigen Tagen eine große Hochzeit mit über 150 eingeladenen Personen statt, zu der nicht weniger als sieben Männer geschädigt wurden. In Neustadt a. W. (W. A. Passau) wurden bei einer Doppelhochzeit am 2. Juni Strafen aus feinstem Weizenmehl unter die Kinder auf die Straße geworfen und zwar nicht in kleiner Dose, weil das Strafenverbot so gut als veraltet ist, und man sich nicht lumpen lassen darf. Im gleichen Ort und im gleichen Gasthaus feierte man drei Tage später eine Hochzeit, an der etwa 170 Personen teilnahmen, die um 8 Uhr früh bereits mit der Haupttafel des Tages, dem Essen, begannen. Daß sie nicht von Größe und Würde aufzuwachen, ist überflüssig zu erwähnen.

Der Geburtsrückgang im Deutschen Reich. Die folgenden Nachrichten, die dem Deutschen Reich durch den Krieg, die Wladode und die Landabwanderung an andere Völker zugeführt worden sind, lenken die Aufmerksamkeit unwillkürlich auf den Nachschub. Wenn sich die Verhältnisse so weiter entwickeln, wie sie sich in den letzten 20 Jahren entwickelt haben, dann bietet auch der Ausblick auf den Nachschub kein erfreuliches Bild. Die Höchstzahl der Geburten wurde erreicht im Jahre 1901 mit 2.077.838. Von da an ist die Zahl ständig gesunken. Im Jahre 1914 betrug sie nur noch 1.874.889, und im Jahre 1915, wo sich der Einfluß des Krieges bereits bemerkbar machte, sogar nur 1.425.528. Auf 1000 Einwohner kamen 1901 noch 38,9 Geburten, 1914 aber nur noch 27,4, während im Jahre 1915 auf 1000 Einwohner 22,9 Geburten kamen. Die mehr und mehr aufkommende Gefahr, die dem Reich durch den Rückgang der Geburten droht, muß daher mit allen zur Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden.

Die Wohnungs- und Mietnot in Altona. Von verschiedenen Seiten sind die Klagen über die Wohnungs- und Mietnot in Altona immer lauter geworden. In verschiedenen Teilen der Stadt ist die Wohnungs- und Mietnot immer lauter geworden. In verschiedenen Teilen der Stadt ist die Wohnungs- und Mietnot immer lauter geworden. In verschiedenen Teilen der Stadt ist die Wohnungs- und Mietnot immer lauter geworden.

Die Wohnungs- und Mietnot in Altona. Von verschiedenen Seiten sind die Klagen über die Wohnungs- und Mietnot in Altona immer lauter geworden. In verschiedenen Teilen der Stadt ist die Wohnungs- und Mietnot immer lauter geworden. In verschiedenen Teilen der Stadt ist die Wohnungs- und Mietnot immer lauter geworden.

Die Wohnungs- und Mietnot in Altona. Von verschiedenen Seiten sind die Klagen über die Wohnungs- und Mietnot in Altona immer lauter geworden. In verschiedenen Teilen der Stadt ist die Wohnungs- und Mietnot immer lauter geworden. In verschiedenen Teilen der Stadt ist die Wohnungs- und Mietnot immer lauter geworden.

gewählt. 19 Kindern und Jugendlichen konnten ihre Arbeitstellen auf dem Lande und in der Stadt beschaffen. Drei Kinder konnten durch uns als eigen abgegeben werden.

Im Krankenhaus verstorben. In der Arbeiterkammer Holz aus der Kolonialstraße 20, der am Dienstag früh dem Tode erlegen. Er war 68 Jahre alt und hatte eine lange Krankheit erlitten.

a. Stellingen-Rangeneide. Eine Sitzung der Sozialdemokratischen Agitationskommission mit den Funktionären findet am Freitag, 4. Juli, abends 8 Uhr, bei W. Göttsche statt.

e. Mietnot. Gemeindevorstellung für die Einreichung der Einkommensteuer wurden die erforderlichen Geldmittel einstimmig bewilligt. Auf Antrag der Frauen der Kriegsfreiwilligen soll deren Unterstützung von M 24 auf M 48, für jedes Kind von M 12 auf M 24 erhöht werden. Die Gründung eines Elternrates nach den Richtlinien des Altonaer Lehrerversandes wurde beschlossen und die Einreichung der Lehrerliste übertragen. Dr. Schaff wurde als Schulrat, einschließlich der Warteschule, vorübergehend der Zustimmung des Vorstandes der Lehrer, gewählt. Die Kinder sollen jährlich zweimal untersucht werden. Die Lehrer sind berechtigt und verpflichtet, fränke Kinder außerhalb der Unterrichtszeit zum Arzt zu schicken. Kindern mütterlicherseits Eltern, die nicht einer Krankenkasse mit Familienversicherung angehören, sollen durch den Gemeindevorstand die Hilfe der Schule sollen auf Kosten der Gemeinde beschafft und die Beschaffung des Schulbuchs und der Lehrer gemeinschaftlich übernommen werden. Lehrer sollen wurde beauftragt, sich mit den Kräften über deren noch vorhandenen Überbedarf und über die Abgabe derselben in Verbindung zu setzen. Dem alten Schulvorstand soll der Vorschlag unterbreitet werden, sein Amt zugunsten des neuen niederzulassen. Herrn Reichmann wurde auf seinen Antrag der Mietzins für die Gemeindevorstände von M 400 auf M 480 erhöht. Ein neuer Mietvertrag für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis Oktober 1922 soll abgeschlossen werden. Einmütig wird die Aufnahme einer Anleihe von M 200.000 von der Gemeindevorstände beschlossen. Den Gemeindevorstandern wurde ein Stundenlohn von M 1,50 und den Schichtleitern ein Stundenlohn von M 80 bewilligt. Einmütig wurde beschlossen, den Gemeindevorstandern und Angestellten die Feuerungszulage der Klasse A ab 1. Januar nachzubewilligen und weiterzugeben.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wandsbeck und Umgegend.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

11. Generalversammlung des Töpferverbandes.

k. r. Im Künstlerhaus zu Nürnberg waren vom 26. bis 28. Juni die Delegierten der Töpfervereine des Töpfer- und verwandten Berufsstandes zum 11. Verbandstage versammelt. Seit 1913 hat kein Verbandstag mehr stattfinden können, so daß sich der Vorstandbericht auf einen Zeitraum von 6 Jahren erstreckt. Anwesend waren 37 Delegierte, außerdem der Vorsitzende des Ausschusses John W. Meisen, vom Hauptverband Deutscher Töpfer und Keramiker, Redakteur Schmitt und 8 Gauleiter. In den Verhandlungen sprachen sich die parteipolitischen Streitfragen eine große Rolle. Es wurden von einer kleinen, zum Teil aus Berliner Delegierten bestehenden radikalen Gruppe vereinigt. Schon bei Eröffnung des Verbandstages brachte diese Gruppe einen Antrag ein, der einen Protest gegen den in Bayern von den letzten Bittern her noch bestehenden Verlagerungsstand enthielt. Ueber den Antrag wurde zur Tagesordnung übergegangen. — Nach Eintritt in die Verhandlungen wurden die Vorstandsberichte entgegengenommen. Die Mitgliederzahl ging im Laufe des Krieges auf unter 8000 zurück und liegt nach dem Waffentillkung wieder auf 9000, wodurch annähernd die alte Höhe wieder erreicht ist. Der Ausschussbericht weist eine Verlagerung von M 108.000 auf, verursacht durch die umfangreiche Arbeitslosigkeit. Für Unterhaltungen wurden über 57 pgl. der Gesamtmaßnahmen ausbezahlt.

Die zweitägige Debatte zum Vorstandsbericht war in der Hauptsache eine politische Auseinandersetzung zwischen den radikalen und der gemäßigten Richtung. Zur Einleitung der Debatte wurde je einem Redner beider Richtungen eine Stunde Redezeit zugewilligt. Für die Radikalen sprach zunächst P. v. H. Mann in Berlin, der die Dinge von seinem kommunistischen Standpunkt aus beleuchtete und scharfe Angriffe gegen die Kriegspolitik der Generalmission richtete. Für die gemäßigte Richtung sprach Dr. H. Schmitt in Hamburg, der die Verhältnisse der Töpferkammer und als Vorkämpfer der Arbeiterbewegung erklärte. Er trat lebhaft für die Einigung aller in die Verlagerung ein. In der allgemeinen Diskussion wurde der Geschäftsbericht nur flüchtig berührt, der politische Meinungsstand stand im Vordergrund. Am dritten Tag wurde dann die Debatte durch einen Schlußantrag abgeschlossen. Bei den Abstimmungen wurde eine Resolution der Radikalen mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt, die dem Vorstand das Mitwirken auspricht, Aufhebung der Generalmission, Nichtübernahme der Vorstandsmittelglieder und Gauleiter, die auf dem Boden der Generalmission stehen, und Ablehnung der Arbeiterbewegung mit dem Unternehmertum verbunden. Dagegen wurde eine Resolution angenommen, in der die Fortführung der politischen Arbeiterbewegung bedauert und betont wird, daß die radikalen Verhältnisse der unabhängigen und kommunistischen Presse verurteilt wird, daß die Gewerkschaften hineinragen. Dem Vorstand und den Gauleitern wird Vertrauen ausgesprochen. Das Folgende im ganzen Bande werden aufgeführt, ihre ganze Kraft der Einigung der Arbeiterklasse zu widmen. Gegen Beschlüsse der Berliner Radikalen und anderer, die dahin gehen, die sozialdemokratische Presse zu boykottieren und nur in der unabhängigen und kommunistischen Presse zu inserieren, wird protestiert. Dem Redakteur des Norddeutschen wird aufgegebener, auch in Zukunft politische Streitigkeiten aus dem Jahrbuch fern zu halten.

Redakteur Schmitt sprach dann über die „Gewerkschaften im neuen Deutschland“. In dem Vortrag behauptete er eine längere Diskussion an. Es wurde dann eine Resolution angenommen, die bestimmt, daß die Gewerkschaften ein Kampfbündnis der Radikalen sind und daß sie den Klassenkampf als nachdrücklichste unterstützen sollen; das Ganze sei nur durch tatkräftige Mitarbeit der Gewerkschaften oder politischen Nichtparteiern am schnellsten zu erreichen, die Einigkeit der Arbeiterklasse innerhalb der Gewerkschaften müsse erhalten bleiben.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Öffentliches Wettordnen.

(Öffentliche Hamburg, Deutsche Post.)

Wetterausichten für den 4. Juli: Teilweise heiter, teils wolfig, ziemlich warm. Gewitterregen nicht ausgeschlossen.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Von Sonnabend, den 5. Juli d. J. an werden die Schmittarbeiten der Volkshochschule an der Cornestraße, an der Bartholomäusstraße, am Altonaer, am Hebelkampweg, am Schaarmarkt und an der Höhestraße wöchentlich von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends geöffnet sein.

Einkommensteuer 1919.

Die erste Hälfte der Einkommensteuer für den 1. Bezirk, Altona-Eb., ist bei der Bearbeitung des geltend gemachten Aufschusses bis zum 5. Juli 1919 zu entrichten.

Bekanntmachung.

„Kriegsgefangenenheimkehr“ beim Altonaischen Unterhaltungsamt gemacht werden können. In die Einzahlung gefällige Bedingungen werden, wenn irgend ersparbar, berücksichtigt.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

Wahrsfeld.

Die Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Arbeiterkammer zu reorganisieren.

